

Wahlkampf-Eskalation in Guntersblum

Von Ulrich Gerecke

Erschienen am 21.05.2019 um 02:00 Uhr, zuletzt geändert am 21.05.2019 um 12:37 Uhr

Neue Vorwürfe der SPD veranlassen Ortsbürgermeisterin Claudia Bläsius-Wirth zu einer heftigen Replik.



Die Fläche des Anstoßes: Wo früher am Rheindamm Wohnwagen standen, gibt es jetzt regelmäßigen Ausschank. Nun wird das Grundstück Wahlkampfthema. Foto: Ortsgemeinde Guntersblum

GUNTERSBLUM - Seit Langem wird der Wahlkampf in Guntersblum mit harten Bandagen geführt, wenige Tage vor dem Urnengang am Sonntag eskaliert er. Die SPD mit ihrem Stadtbürgermeisterkandidaten Rainer Tröger hat Amtsinhaberin Claudia Bläsius-Wirth (CDU) zum wiederholten Mal beschuldigt, den Ortsgemeinderat zu übergehen und – so eine Flyer-Schlagzeile – „in stetigem Alleingang“ zu handeln. „CBW“ keilt nun ungewohnt heftig zurück.

Die Vorgeschichte in aller Kürze: Bläsius-Wirth hatte in den vergangenen Monaten als Ortschefin zuerst einen Arbeitsgerichtsprozess gegen eine Kita-Erzieherin verloren und musste sie wieder einstellen. Danach wurde bekannt, dass sie für die Ortsgemeinde Büromaterial bei ihrer eigenen Agentur gekauft hatte. Schließlich erwarb ihr Mann ein Haus im Kellerweg, ohne dass der Rat den Verzicht auf das Vorkaufsrecht vorgelegt bekam (die AZ berichtete).

In allen Fällen hatte Bläsius-Wirth von „Verfahrensfehlern“ gesprochen, betont, dass Guntersblum kein Schaden entstanden sei und auch mangelnde Unterstützung durch die Verbandsgemeinde Rhein-Selz für sie als Ehrenamtlerin beklagt. Diese Linie fuhr sie auch beim [AZ-Redaktionsgespräch \[plus-Inhalt\]](#), das am vergangenen Donnerstag aufgezeichnet wurde. „Wir sehen das anders“, hatte Tröger gekontert, sprach von Missachtung des Rates, fehlender Transparenz. Zum Kita-Prozess meinte er, dies sei ein „in den vergangenen 25 Jahren einmaliger Vorgang“.

Am Wochenende nun der nächste Schlagabtausch: In einem Flugblatt berichtete die SPD, sie habe „zufällig“ erfahren, dass Bläsius-Wirth namens der Ortsgemeinde einen neuen Nutzungsvertrag für das Gelände am Rheindamm geschlossen habe, auf dem früher Campingfahrzeuge parken durften. Davon habe man bei einem Wahlkampftermin erfahren, den Vertrag habe der Rat nie gesehen. „Grundsätzlich sind alle Verträge dem Ortsgemeinderat vorzulegen“, schimpfte Tröger, seine Genossen schrieben, Bläsius-Wirth sei „weder lernfähig noch gewillt, sich rechtsstaatlichen Regeln zu unterwerfen“.

Das ließ die Amtsinhaberin nicht auf sich sitzen. „Es ist nicht wahr, dass die Gemeinde einen Vertrag geschlossen hat“, sagte Bläsius-Wirth am Montag. Die Fläche, die der SGD Süd gehört, sei zwar früher von der Ortsgemeinde Guntersblum als Caravan-Stellplatz gepachtet gewesen und gepflegt worden. Aber als das zu teuer wurde, habe schon ihr verstorbener Vorgänger Reiner Schmitt das Vertragsverhältnis beendet – auch auf Aufforderung des Landes hin. Mittlerweile habe der Besitzer der benachbarten Gaststätte Rheinhof die Fläche gepachtet, unterhalte sie und schenke dort aus – gerade an diesen Sonntag beim Fährtag. Für die Schankerlaubnis ist die VG zuständig. „Die Ortsgemeinde hat mit dieser Fläche nichts zu tun.“

Deutlich erkennbar ist, dass der Dauerbeschuss der SPD und zum Teil auch der FWG bei Bläsius-Wirth Spuren hinterlässt. „Das ist eine Lüge“, sagte sie zu den wiederholten Vorwürfen der SPD, eigenmächtig zu handeln. „Alle Entscheidungen, die nicht in Ausschüssen und Ratssitzungen beschlossen werden müssen, werden gemeinsam mit den Beigeordneten getroffen.“ Das gelte auch für die Hinweise der Kommunalaufsicht. Diese würden „sofort umgesetzt“ – anders als die Genossen suggerierten. Erster Beigeordneter ist übrigens Werner Willius, den die SPD vor drei Jahren nominiert hatte, der aber erst vor Kurzem in die Partei eingetreten ist.